

**Erscheinungsweise:**  
Täglich mit Ausnahme  
der Sonn- und Feiertage

**Anzeigenpreis:**  
a) im Anzeigenteil:  
die Seite 20 Goldpfennige  
b) im Reklameteil:  
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen  
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften  
kann keine Gewähr  
übernommen werden

**Geschäftsstelle:**  
für beide Teile ist Calw

# Calwer Tagblatt

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

**Bezugspreis:**  
In der Stadt 40 Goldpfennige  
wöchentlich mit Trägerlohn  
Post-Bezugspreis 40 Gold-  
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-  
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt  
besteht kein Anspruch auf Lieferung  
der Zeitung oder auf Rückzahlung  
des Bezugspreises

**Gernsprecher Nr. 9**

**Verantwortl. Schriftleitung:**  
Friedrich Hans Scheele  
Druck und Verlag  
der A. Oelshläger'schen  
Buchdruckerei

Nr. 16

Donnerstag, den 21. Januar 1932

Jahrgang 104

## Eine Tribut-Zwischenlösung erneut abgelehnt Brüning weist englische Anfrage über einjährige Verlängerung des Zahlungsausschubs ab Die Lausanner Konferenz wird verschoben

U. Berlin, 21. Jan. Der englische Botschafter in Berlin, Sir Horace Rumbold, hat am Dienstagmorgen im Auftrag seiner Regierung bei der Reichsregierung sondiert, ob Deutschland mit einer Verlängerung des Hoovermoratoriums um ein Jahr einverstanden sein würde. Reichskanzler Brüning hat, wie verlautet, in ablehnendem Sinne geantwortet.

Wenn man bedenkt, daß bis zum Ablauf des gegenwärtigen Hoovermoratoriums noch rund 5 Monate verstreichen werden, also ein Zeitraum, der bei einigem gutem Willen groß genug ist, um zu der so dringlichen Regelung zu gelangen, so ist es durchaus zu verstehen, daß die englische Anregung in Berlin keinen Anklang gefunden hat.

Die Verhandlungen, die von der englischen Diplomatie mit Paris und Berlin gepflogen werden, um einen Ausgleich zwischen dem deutschen und französischen Standpunkt zu schaffen, in der Hoffnung, daß die Lausanner Konferenz doch noch zustande kommt, sind am Mittwoch fortgesetzt worden. Ein Ergebnis wurde nicht erzielt. Man glaubt, daß sich diese Verhandlungen mindestens bis zum Freitag hinziehen werden, da auch die parlamentarische Lage in Frankreich hierbei zu berücksichtigen sei. Infolgedessen ist man in London der Ansicht, daß ein Zusammentritt der Lausanner Konferenz am kommenden Montag technisch unmöglich ist. Sollte es noch möglich sein, irgendwelche internationalen Vereinbarungen zustande zu bringen, so will die englische Regierung eine kurze Verschiebung der Konferenz um einige Tage anstreben, und daran festhalten, daß die Konferenz mit verantwortlichen Ministern besetzt wird.

Eine am Mittwochabend vom Londoner Auswärtigen Amt ausgegebene Verlautbarung besagt, daß die Besprechungen zwischen den an Lausanne hauptsächlich interessierten Mächten noch nicht beendet seien. Es sei jedoch klar, daß die Konferenz nicht am nächsten Montag beginnen könne, wie man es ursprünglich beabsichtigt habe. Die englische Regierung hoffe, daß es möglich sein werde, zu einer zufriedenstellenden Einigung hinsichtlich des weiteren Fortganges der Verhandlungen während der nächsten Tage zu kommen. — In Pariser politischen Kreisen verlautet, daß der Beginn der Lausanner Tributkonferenz vom 25. auf den 28. Januar verschoben werden soll. Grundtätliche Beschlüsse seien jedoch weder in London noch in Paris gefaßt worden.

### Beihnjahresplan für Stillhaltung?

U. Berlin, 21. Jan. Der „Berliner Börsenkurier“ meldet: Wie wir hören, ist bei den Berliner Stillhalteverhand-

### Weltkrise und Sozialpolitik

U. Berlin, 21. Jan. Am Mittwoch sprach Reichsarbeitsminister Stegerwald im Rundfunk über das Thema „Weltkrise und Sozialpolitik“. Der Minister führte aus, daß durch die Krise der letzten Jahre nicht nur die deutsche Sozialpolitik, sondern die Sozialpolitik der ganzen Welt betroffen worden sei. Ueber 20 Millionen Arbeitslose, viele Milliarden jährliche Unterstützungskosten, das sei das Bild, das der Arbeitsmarkt der Welt nach 17 Jahren eines unbefriedeten Europas biete. Das sei in beträchtlichem Maße die Folge davon, daß die europäischen Siegerstaaten ein Jahrzehnt lang in der Vorstellung lebten, sie könnten sich alle an Deutschland bereichern. Das sei die Folge, daß man jahrelang nicht gesehen habe, daß, wenn Deutschland verarmt, die anderen nicht reich werden könnten, sondern selbst in den Verarmungsprozess hineingezogen würden.

Dieser Verarmungsprozess zeige sich auf dem Gebiete der Löhne. Die deutsche Regierung habe in der letzten Zeit Lohnentnahmen zulassen müssen, aber auch das sei keine bloße deutsche Erscheinung, denn kein größeres Industrie- und Handelsland der Welt sei von Lohnkürzungen verschont geblieben. In England, wo die Verhältnisse ähnlich lagen wie bei uns in Deutschland, sei ebenfalls eine starke Abwärtsentwicklung der Löhne zu beobachten. Die Lohnsätze hätten dort im Dezember 1930 im Durchschnitt 1-2 Prozent unter dem Stand des Jahres 1929 gelegen. Auch in Italien seien interessante Beobachtungen festzustellen. Hinsichtlich der Löhne in der Industrie sei dort festgestellt worden, daß diese in Italien so weit gesenkt worden seien, daß eine weitere Reduktion weder möglich noch nötig erscheine.

Der Minister betonte zum Schluss, daß der einseitige Sturm auf die Löhne und Gehälter nicht als Heilmittel für die Gesundung der Weltwirtschaft anzu-

lungen neuerdings überraschenderweise wieder der schon bei Konferenzbeginn erörterte Plan einer 10jährigen Stillhaltung in den Vordergrund gerückt. Nach unseren Informationen soll sich dieser Plan nur auf die Barkredite beziehen, und zwar sollen diese in halbjährigen Quoten von je 5 Prozent in Devisen getilgt werden. Gleichzeitig ist aber in diese Konstruktion ein gewisser Transferschutz für die Reichsbank eingebaut worden. Der Schutz ist in der Weise gedacht, daß die Reichsbank das Recht haben soll, die Devisen bei Fälligkeit nur soweit zur Verfügung zu stellen, als es ihr auf Grund ihrer Devisenposition möglich ist. Im Falle eines solchen „Transferaufschubs“ soll ein Gemeinschaftskomitee der Gläubiger und Schuldner zusammentreten und darüber befinden, ob und in welchem Umfang die Reichsbank Devisen für die Bezahlung der fälligen Quote verfügbar machen kann.

Ferner enthält der Plan den Vorschlag, daß vorweg eine Sicherstellung der Barkreditforderungen in Höhe von 15 Prozent erfolgen soll. Bei Durchführung dieses Plans werden die jährlichen Devisenansforderungen an die Reichsbank für die Tilgung der Barkredite auf etwa 120 Millionen Mark geschätzt. Die Rembourse-Kredite bleiben außerhalb der Regelung. Sie sollen, wie schon früher geplant, so behandelt werden, daß die unausgenutzte Kreditlinie, soweit sie 10 Prozent der Gesamtlinie beträgt, auf die Tilgung angerechnet wird, wir mithin vorläufig nichts mehr zu zahlen hätten. An der einjährigen Verlängerung der Stillhaltung für die Rembourse-Kredite bis zum 28. Februar 1933 scheint man festzuhalten. Im übrigen rechnet man in Kreisen der Konferenzteilnehmer nach wie vor mit einer Beendigung der Stillhalteverhandlungen in dieser Woche.

### Italien und die Cavalerklärung

U. Rom, 21. Jan. Die Regierungserklärung Cavals findet in Italien eine ausgesprochen schlechte Presse. Die Blätter warnen davor, es mit der Unnachgiebigkeit zu weit zu treiben, da Europas Schicksal auf dem Spiel stehe. Ob Frankreich gegen ganz Europa standhalten könne, werde man bald sehen, meint das „Lavoro fascista“. Caval solle nicht von freiwillig abgeschlossenen Verträgen sprechen, denn man wisse ganz genau, mit welcher „Freiheit“ in Versailles, im Haag und in Spa verhandelt worden sei. Aus wahnwitziger Angst vor der Einbuße seiner politischen und finanziellen Vorherrschaft lehne Frankreich seine Beteiligung an dem Wiederaufbau Europas ab.

sehen sei und daher auch von der Reichsregierung abgelehnt worden wäre. Wir müßten von der Einstellung herunter, daß zwar Kartell- und Zollschutz etwas selbstverständliches seien, daß aber der Zollschutz unzulässig und das freie Spiel der Kräfte hier allein das Gegebene sei. Die Verflochtenheit der Weltwirtschaft zeige sich nicht zuletzt auch auf sozialpolitischem Gebiet.

### Neuer Kampf um den Brotpreis

U. Berlin, 21. Jan. Der Germanienverband der Bäcker hat den Preislenkungsminister schriftlich darauf hingewiesen, daß seit der letzten Preisvereinbarung die Mehlpreise im ganzen Reich um rund zwei Mark gestiegen seien. Diese Steigerung müsse sich unbedingt auf den Brotpreis auswirken, da die Verdienstspanne so weit heruntergesetzt worden sei, daß sie keine Bewegungsfreiheit zulasse. Dem Preislenkungsminister habe sich zwar inzwischen mit dem Reichsernährungsminister wegen einer Senkung der Mehlpreise in Verbindung gesetzt, jedoch sei noch nichts in dieser Richtung geschehen. Unter diesen Umständen sei eine Erhöhung des Brotpreises unvermeidlich.

Beim Verkauf von Markenartikeln ist in letzter Zeit von den Geschäften vielfach der alte Preis verlangt worden mit der Begründung, daß es sich noch um alte Ware handle. Der Reichskommissar für Preisüberwachung teilt hierzu mit, daß ein solches Gebahren unzulässig sei.

### Die Notlage Oberschlesiens

U. Berlin, 20. Jan. Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde am Mittwoch die Notlage der ober-schlesischen Industrie eingehend besprochen. Die Beratungen wurden für vertraulich erklärt. Wie verlautet, wird die Regierung dem Ausschuß später Vorschläge für Hilfsmaßnahmen unterbreiten. Beschlüsse wurden insoweit nicht gefaßt.

## Tages-Spiegel

Die Reichsregierung hat eine englische Anfrage über eine einjährige Verlängerung des Zahlungsausschubs abgelehnt.

England bemüht sich weiterhin, eine Verständigung mit Frankreich und Italien vor der Lausanner Konferenz zu erzielen. Die Konferenz dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach um einige Zeit verschoben werden.

Reichskanzler Dr. Brüning wird bei der Generaldebatte auf der Abrüstungskonferenz in Genf Deutschlands Forderungen vertreten.

Bulgarien hat im Finanzanschuß des Völkerbundes seine Zahlungsunfähigkeit erklärt.

Frankreich nahm in Amerika wieder Goldabzüge im Werte von 125 Millionen Dollar vor.

In Schanghai ist es zu schweren Ausschreitungen zwischen Chinesen und Japanern gekommen.

Die deutsche Zollnotverordnung hat in England und Dänemark starken Widerspruch hervorgerufen; die Exporteure fordern Vergeltungsmaßnahmen.

## Internationale Handelskammer für Schuldenendregelung

U. Paris, 21. Jan. In einer Versammlung des Vollzugsausschusses der Internationalen Handelskammer wurde ein Beschluß des Ausschusses für internationale Zahlungsausgleich (I.P.A.) folgenden Inhalts bestätigt:

„Der Ausschuss für Internationalen Zahlungsausgleich (I.P.A.), der sich mit der Vertrauens- und Wirtschaftskrise befaßt, unter der die Welt immer mehr leidet, wiederholte und betonte die bereits seit drei Monaten von ihrem Verwaltungsrat ausgesprochene Ansicht, die durch die bisher eingetretenen Ereignisse nur bestätigt worden ist, daß sich nämlich die Regierungen, um eine internationale Zusammenarbeit wirklich in die Tat umzusetzen, bemühen müssen, folgendes zu erreichen:

- eine effektive Politik der Abrüstung in einer Atmosphäre des Friedens.
- Die Sicherung eines strengen Gleichgewichts der verschiedenen Staatshaushalte unter Ausschluß aller nicht notwendigen Ausgaben, um eine Herabsetzung der Steuerlasten auf den denkbar niedrigsten Stand herbeizuführen.
- Eine endgültige Regelung der zwischenstaatlichen Schulden.
- Eine Wiederherstellung der Währungsstabilität und der normalen Funktion der internationalen Kreditgewährung.
- Die Befolgung einer Wirtschaftspolitik, die unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Erfordernisse eines jeden Landes leichten Endes zu einer breiteren internationalen Bewegung der Menschen und zu einem freieren Austausch der Ware, Kapital usw. führt.

## Bulgarien erklärt seine Zahlungsunfähigkeit

U. Genf, 21. Jan. Bulgariens Ministerpräsident Muschanoff und Finanzminister Stefanoff sind am Mittwoch in Genf eingetroffen. Der Ministerpräsident erstattete dem Finanzanschuß des Völkerbundes einen ausführlichen Bericht über die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die bulgarische Wirtschaft und wies darauf hin, daß Bulgarien in Zukunft die durch Tributzahlungen und den Zinsendienst auswärtiger Anleihen entstandenen Devisenabgänge nicht mehr tragen könne. Der bulgarische Finanzminister gab einen Überblick über den Haushalts-, die Kassenlage und die Zahlungsbilanz Bulgariens. Für die bulgarische Regierung handle es sich gegenwärtig hauptsächlich um die Einstellung des Zinsendienstes für die beiden großen Auslandsanleihen, zu der Bulgarien jetzt gezwungen sei.

## Neuyork in Geldschwierigkeiten

U. Neuyork, 21. Jan. Die Stadt Neuyork, die sich in Geldschwierigkeiten befand, hat nunmehr einen 11jährigen Ueberbrückungskredit von 12,5 Millionen Dollar zu 6 v. H. erhalten. Damit ist die Stadtverwaltung für den Augenblick aus der ärgsten Geldklemme gerettet. Der Hundertsatz von 6 v. H. ist der höchste, den die Stadt jemals bezahlt hat.

SW  
neider  
Front?  
20 Pfg.  
Calw  
ik  
5 Uhr  
Calw.  
Bach  
Gefang  
erbeten.  
lle und  
ide  
OPF  
locken  
jetzt  
25 Pfg.  
kte!  
Hier bei Wanz W., Feisaur  
ich  
en ein:  
ellische  
rlich,  
illet  
ertig)  
alinge  
üchterer  
kollisch  
bräute)  
erits.

## Das Weltdeilemma

Abstufung der Genfer Finanz- und Wirtschaftsbefprechungen

Genf, 20. Jan. Das Wirtschafts- und das Finanzkomitee des Völkerverbundes haben heute ihre Beratungen über die finanzielle und die wirtschaftliche Lage abgeschlossen. Das Wirtschaftskomitee stellt in seinem Bericht an den Völkerverbundrat fest, daß es ihm auf seiner jetzigen Tagung nicht möglich gewesen sei, nützliche Direktiven für die von den Staaten einzuschlagende Handelspolitik aufzustellen. Es betont, daß die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den einzelnen Ländern in einem bis jetzt nicht geahnten Maße von den internationalen Schulden aller Art beherrscht würden.

Die Ausfuhr von Waren für die Schuldnerländer, so heißt es im Bericht, bleibt das einzige Mittel, um ihren Verpflichtungen nachzukommen. Es ist deshalb wichtig, daß diese Länder eine aktive Handelsbilanz haben, und daß der Ueberschuß daraus um so größer ist, je beträchtlicher ihr Schuldenvolumen sich darstellt. Solange die Lähmung des internationalen Kredits anhält, stellen die ungewöhnlichen Bedingungen der gegenwärtigen Zeit die Gläubigerländer vor ein großes Dilemma: Entweder sie verringern die ihrer Einfuhr in den Weg gelegten Hindernisse oder sie finden sich damit ab, daß die Chancen für die Begleichung ihrer Forderungen schwinden.

## Gegen polnische Uebergriffe in Danzig

Entscheidungen des Völkerverbundskommissars

U. Danzig, 20. Jan. Der Danziger Völkerverbundskommissar Graf Gravinga hat eine außerordentlich wichtige Entscheidung zum Schutze der Danziger Staatsangehörigen im polnischen Eisenbahndienst gefällt. Danach dürfen künftig in Danziger Bürger, die zum Betriebspersonal der Danziger Eisenbahnen gehören, nicht mehr ohne ihre Zustimmung nach Polen verlegt oder in Polen beschäftigt werden. Ferner hat der Kommissar entschieden, daß Polen nur ein umrissene Gruppen höherer Beamter mit polnischen Staatsangehörigen befehlen darf, daß aber das gesamte Büropersonal bei der Danziger Eisenbahndirektion und den Danziger Eisenbahnämtern einschließlich der Amtsvorsteher und das gesamte Außenpersonal mit Danziger Staatsangehörigen zu befehlen ist.

Der Völkerverbundskommissar hat ferner entschieden, daß es nicht zulässig sei, daß Polen die Verwaltung der Danziger Linien vollständig mit den polnischen verbinde, so daß damit die Verwaltung der Danziger Linien den Charakter einer besonderen Verwaltungseinheit verliere. Es müsse vielmehr für die Verwaltung der Danziger Bahnlilien eine besondere Verwaltungseinheit in Danzig geschaffen werden, die von Polen so ausgestattet werden müsse, daß die Eisenbahnverwaltung allen ihren Verpflichtungen gegenüber Danzig nachkommen könne.

## Estland und Lettland

Politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit

U. Riga, 20. Jan. Eine Besprechung zwischen dem estländischen und dem lettlandischen Außenminister hat, wie amtlich verlautet, ergeben, daß beide Staaten, sowohl auf der Genfer Abrüstungskonferenz als auch bei den Nichtangriffsverhandlungen mit Sowjetrußland vollkommen einheitlich vorgehen wollen. Für die allernächste Zeit ist die Einberufung einer Wirtschaftskonferenz in Aussicht genommen worden, um über einen erweiterten Güteraustausch zwischen beiden Ländern und über eine Ergänzung des Handelsvertrages zu beraten.

## Banken und Reichsgarantie

U. Berlin, 20. Jan. Der Haushaltsausschuß des Reichstages hielt am Dienstag seine erste Sitzung nach der Weihnachtspause ab. Ein komm. Antrag, der die sofortige Einstellung aller Subventionen an das Bank- und Industriekapital sowie an den Großgrundbesitz verlangt, wurde zurückgestellt bis zum Erscheinen des Reichsfinanzministers Dietrich im Ausschuß. Statt dessen beriet der Ausschuß zunächst den sozialdemokratischen Antrag zur Aenderung und Ergänzung der Notverordnung über Aktienrecht, Bankenaufsicht und Steueramnestie. Auf soz. Anfrage nach den Plänen der Reichsregierung bezüglich der Banken, an denen sie beteiligt sei, erklärte Reichsbankenkommissar Ernst, daß etwas Abschließendes noch nicht gesagt werden könne. Der eine Plan, die Danabank mit einem anderen Bankinstitut zu verschmelzen und bei der Dresdener Bank die Kapitalverhältnisse umzugestalten und gegebenenfalls Bezirksdirektionen mit stärkerer Selbständigkeit zu schaffen, behandle das Problem sehr speziell. Der andere Plan, eine Zentralbank zu schaffen, um die von den verschiedenen Banken gegebenen Kredite abzuwickeln, habe den Nachteil, daß eine enorme Konzentration entstehe und daß künftig der Industrie nur dieses Institut zur Finanzierung zur Verfügung stehen würde. Im übrigen sei das Reichsfinanzministerium für die Frage zuständig.

Reichsfinanzminister Dietrich, der inzwischen erschienen war, erklärte, daß man das Problem der Banken nicht erörtern könne, ohne auf die Grundursache ihrer Krankheit einzugehen, nämlich auf die Gesamtlage der Wirtschaft. Ueber all diese Dinge lasse sich jedoch nur verbal in einem kleinen Gremium sprechen, zumal da keine Partei ein Interesse daran habe, daß die Öffentlichkeit davon Kenntnis erhalte, was bei den einzelnen Instituten, in Landkassen, in gewerblichen Genossenschaften, Banken und so weiter geschehen sei. Mit einer neuen Zusammenlegung, etwa der Commerz- und Privatbank mit der Danabank oder anderer Institute allein sei nicht geholfen. Ein neuer Personalabbau, ähnlich wie seinerzeit bei der Fusion der Deutschen Bank mit der Diskontogesellschaft, würde die unvermeidliche Folge sein. Auch würde sich die Frage ergeben, ob nicht die Dresdener Bank, wenn sie für sich bliebe, in Zukunft durch die Konkurrenz solcher Bankkonzentrationen, wie der Deutschen Bank und der Diskontogesellschaft, und der Commerz- und Privat- und der Danabank, mit ihren ungeheuren Kapitalneben nicht Schaden leiden könnte.

Eine weitere Frage sei die, wie die vom Reich gegebenen Garantien abgedeckt werden sollen. Vom Februar ab sollen die der Dresdener Bank zugeführten Schabanweisungen monatlich mit 12 Millionen RM. abgedeckt werden. Im übrigen werden bei der Reichsregierung im Augenblick Gedanken erörtert, die etwas vollkommen Neues darstellen.

## Die Preisenkung

Die Erzeugnisse der Seifenindustrie werden billiger

U. Berlin, 20. Jan. Der Reichskommissar für Preisüberwachung verhandelte mit der Seifenindustrie. Entsprechend der Entwicklung der Rohstoffpreise und auf Grund der Erleichterung der Notverordnung hat die Seifenindustrie für die wichtigsten Sorten ihre Preise gegenüber dem Stand vom 30. Juni 1931 auch bei den nichtpreisgebundenen Waren im Durchschnitt um mindestens 10 Prozent gesenkt. Soweit eine solche Preisenkung bisher nicht vorgenommen wurde, ist sie, abgesehen von Schmierseife, im Laufe des Monats Januar noch durchzuführen. Für die künftige Preisentwicklung machten die Vertreter der Seifenindustrie den Vorbehalt, daß sie ihre Preise an die der überseeischen Rohstoffe, die den Hauptteil der Herstellungskosten für Seife ausmachen, anpassen müßten. Die Möglichkeiten einer Normung der Seife nach Fettsäuregehalt und Gewicht werden weiter behandelt werden.

Durch Verordnung des Reichskommissars für Preisüberwachung sind Preisauszeichnungen auch für Schuhreparaturen angeordnet worden. Ferner sind die Schornsteinfegerarbeiten gegenüber den Sägen vom 1. Dezember 1931 um 15 Prozent gesenkt worden. Der Reichskommissar wird sich des weiteren demnächst mit der Händlerspanne im Kartoffelhandel beschäftigen. Weiter sollen im Laufe der Woche die Preise für Hausrat, Eisenwaren, Linoleum und Tapeten überprüft werden.

## Die neuen Butterzölle

U. Berlin, 20. Januar. Nach den Durchführungsbestimmungen der neuen Zollnotverordnung bleibt im einzelnen der im Handelsvertrag mit Finnland für ein Kontingent bis zu 5000 Tonnen im Jahre unter Nachweis der Herkunft durch Ursprungszeugnis festgesetzte Zollsaß von 50 Reichsmark für die Länder bestehen, deren Währung nicht unter die Goldparität gesunken ist und die auf Grund eines Handelsvertrages das Meistbegünstigungsrecht besitzen, u. a. Holland, Rußland, Lettland und Estland. Für die handelsvertraglich meistbegünstigten Länder, deren Währung unter die Goldparität gesunken ist, wird nach Art. 1, Ziffer 1 der Verordnung vom 19. Januar 1932 ein Zuschlag von 36 Reichsmark erhoben, so daß der tatsächliche Zoll im Rahmen des Kontingents 86 Reichsmark beträgt. Ein besonderer Maßstab oder Prozentsatz für die Valutaentwertung ist nicht vorgesehen. Maßgebend ist lediglich das Sinken der Währung unter die Goldparität.

Im übrigen würde praktisch also außerhalb der vorgenannten Kontingente der autonome Butterzoll für Länder mit fester Valuta verdoppelt. Er beträgt jetzt 100 RM. Für Länder, deren Währung unter die Goldparität gesunken ist, wird zu diesem autonomen Zoll ein Zuschlag von 36 RM. erhoben, so daß in diesen Fällen der autonome Zoll auf 136 RM. steigt. Ferner wird auf Grund der Ziffer 2 des Artikels 1 der Verordnung vom 19. Januar für die Länder, mit denen das Deutsche Reich nicht in einem handelsvertraglichen Verhältnis steht, der Zoll auf 170 Reichsmark je Doppelzentner festgesetzt. U. a. betrifft das Polen, Kanada, Australien und Neuseeland.

## Politische Kurzmeldungen

Die Ausschüsse des Reichsrats beschäftigen sich gegenwärtig mit den Vorschlägen des Haushaltsplans für 1931. Die sich aus den verschiedenen Notverordnungen ergeben, namentlich durch die Gehaltskürzungen und sonstigen Sparmaßnahmen und durch die neuen Steuern, aber auch durch die Aussetzung der Reparationszahlungen. Man hat darauf verzichtet, diese Aenderungen in einem formellen Nachtragsetat aufzuführen. — Die Oststelle arbeitet zur Zeit an einer ganz neuen Vorlage. Sie nimmt an, daß 800 Millionen Mark für das Sicherungsverfahren und die Entschuldung im Osten nötig sein werden. — Der Preussische Landtag lehnte kommunistische Anträge auf Revision bzw. völlige Einstellung der staatlichen Abfindungen für die ehemaligen Fürstentümer und adeligen Familien ab. — Die nationalsozialistische Parteiforrespondenz verbreitet einen, offenbar von maßgebender Seite inspirierten ungenüßlich scharfen Artikel gegen den Reichskanzler Brüning, in dem es u. a. heißt: Es besteht kein Zweifel mehr, daß sowohl für eine innerpolitische nationale Einigung, wie für eine voll erfolgreiche Politik nach außen Herr Dr. Brüning heute ein nicht mehr lange zu ertragendes Hindernis ist. Das deutsche Volk erwartet von Herrn Brüning auf den nicht mißzuverstehenden Brief Hitlers nur eine Antwort: „Sofortiger Rücktritt.“ — Im Saargebiet ist in dem Orte Merfweiler, trotz heftigen Widerstandes der deutsch gesinnten Bevölkerung, eine neue französische Schule eingeweiht worden. — Das Washingtoner Staatsdepartement hat den amerikanischen Botschafter in Paris, Edge, ermächtigt, Laval mitzuteilen, daß die Vereinigten Staaten augenblicklich eine verbindliche Stellungnahme in der Frage einer Verlängerung des Schuldenmoratoriums ablehnen. Die Initiative müsse von den europäischen Staaten ausgehen, die unter sich eine Einigung erzielen und dann wieder an Amerika herantreten sollten.

Japans Pläne in der Mandchurischen Republik. Die Zeitung Tokio Asahi Shimbun erklärt, daß die neue mandchurische Republik auf die japanische Unterstützung rechnen könne. Die japanische Regierung sei bereit, dem neuen mandchurischen Staat Polizeitruppen zur Verfügung zu stellen und ihm zu helfen, den Staatsapparat aufzubauen. Es müßten Eisenbahnlinien gebaut werden, die die Benutzung der chinesischen Ostbahn unnötig machten.

## Gefährdeter Panamakanal

Einwirkungen des Wassermangels und des Wasserüberflusses. — Der Erdruß von Culebra. — Menschenleere Anlagen. Von Howard F. Gibson - St. Louis.

Vor kurzem mußte der Panamakanal vorübergehend geschlossen werden, und zwar wegen — Ueberfluß an Wasser. Es gibt nämlich drei große Gefahren, die dem bedeutendsten künstlichen Wasserweg der Neuen Welt, einem der Lebensnerven der Vereinigten Staaten, drohen: der Ueberfluß an Wasser, der Mangel an Wasser und der Culebra-Ruud mit seinen wiederholten Erdrußigen.

Die Heranschaffung der nötigen Wassermengen für den Kanal sollte durch die Anlegung des Gatun-Sees, des größten Staubeckens der Welt, sichergestellt werden. Der See hat, wenn er zum normalen Wasserstand aufgestaut ist, eine Oberfläche von 420 Quadratkilometern. Sinkt der Spiegel des Gatun-Sees infolge anhaltender Trockenheit, wie es in den Jahren 1929 und 1930 wiederholt der Fall war, unter den normalen Pegel, so hat der Kanal nicht mehr genügend Tiefe, um von Schiffen aller Größen befahren werden zu können. Diejenige Mithilfe soll dadurch geschaffen werden, daß man bei Alhajuela im Oberlauf des Chagresflusses und auf dem Gebiet der Republik Panama — also außerhalb der Kanalzone — einen neuen Damm errichtet, so daß hier ein zweiter Staubeck entsteht.

Größer als die Gefahr des Wassermangels ist aber die des Wasserüberflusses. Die tropische Kanalzone kennt eine vier Monate währende Regenzeit, die ungeheure Wassermengen bringt. Tagelange wolkbruchartige Regengüsse, die den Kraftfahrer zwingen, zur Mittagszeit seine Scheinwerfer einzuschalten, sind in Colon o. r. Cristobal durchaus keine Seltenheit. Der Chagresfluß, der den Gatun-See speist, fließt in der Sekunde rund 6000 Kubikmeter Wasser zu Tal und dem Staubecken zu. Dadurch rückt die Gefahr immer näher, daß die Motoren der großen Schleufe von Gatun außer Betrieb gesetzt werden. Die Verwaltung des Kanals verjüngte das Verhängnis dadurch abzumildern, daß sie sämtliche Schleusentore öffnen ließ, um die überflüssigen Wassermengen in den Atlantischen bezw. Stillen Ozean abzuleiten.

Diese Maßnahme genügt aber noch nicht, da nur rund 5000 Kubikmeter Wasser in der Sekunde abgeführt werden konnten, so daß immer noch ein Ueberfluß von rund 1000 Kubikmetern in der Sekunde blieb.

Hinzu trat noch ein weiterer unglücklicher Umstand. Die abströmenden Wassermengen unterpflüchten einen Teil des von morschen Felsmassen und dünnen Tonsschichten durchsetzten Culebra-Ruudens, und eine Viertelmillion Kubikmeter Erdmassen rutschten in den Kanal, verperrten teilweise sein Bett. Das Wasser verteilte langsam das Hindernis, doch dadurch wurde die Tiefe, die normalerweise 12,8 bis 13,7 Meter beträgt, auf 9 Meter herabgesetzt, so daß größere Schiffe den Kanal nicht mehr befahren konnten. Er mußte ganz geschlossen werden, als die durch den Erdruß verstärkte Aufstauung der überfließenden Wassermengen die Motoren der Gatun-Schleufe außer Betrieb setzte.

Wenn die Störung auch nur vorübergehend war, so wurde sie doch schmerzhaft genug empfunden, und besonders die Gefahr der Wiederholung derartiger Vorfälle bereitet der Verwaltung Kopfzerbrechen. Eine vielleicht nur Wochen andauernde Schließung des Kanals, wie sie durchaus im Bereiche der Möglichkeit liegt, würde einen bedeutenden Teil des amerikanischen Handels und der Weltschiffahrt lahm legen. Schon deshalb allein und nicht nur wegen der in den Jahren 1927 bis 1929 voll erreichten Benutzung bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit wird von amerikanischer Seite ernstlich an die Schaffung eines zweiten Kanals, wahrscheinlich des Nicaraguakanals, gedacht.

In letzter Zeit freilich hat auch der Panamakanal unter der allgemeinen Krise zu leiden gehabt. Die Roheinnahmen sanken von rund 25 Millionen Dollar im Jahre 1927 auf rund fünfzehn Millionen im Rechnungsjahr 1930/31. Die Betriebs- und Unterhaltungskosten sind mit jährlich rund acht Millionen die gleichen geblieben, so daß die Deckung des von der Warenausfuhr stammenden Fehlbetrages von rund 350 Millionen Dollar in weite Ferne gerückt ist.

Trotzdem sind die Vereinigten Staaten noch jederzeit bereit, weitere riesige Mittel auszugeben, um die wichtigste Verkehrsader ihres Machtbereiches in jeder Beziehung auf der Höhe zu erhalten. Alle zum Kanal gehörigen Anlagen sind wahre Wunderwerke der Technik, Wunderwerke leider auch in der Beziehung, daß der Mensch möglichst weitgehend durch „denkende“ Maschinen ersetzt ist. So wird das schwierige Problem der Verkehrsregelung in den Schleufen durch Kanalreliefs gelöst, auf denen der augenblickliche Standort eines jeden Schiffes von den Schleusenmaschinen abgelesen werden kann, so daß Störungen vor den Toren nicht möglich sind. Der gesamte Verkehr vor und in den Schleufen spielt sich mit einer geradezu unheimlichen Ruhe ab, und die einzigen Geräusche innerhalb der menschenleeren Anlagen stammen von den elektrischen Treibebahnen, von denen die Schiffe durchgeschleust werden.

## Schlägerei im Mannheimer Bürgerausschuß

U. Mannheim, 20. Jan. Am Dienstag entstand im Bürgerausschuß bei Beratung der Vorlage zur Senkung der städtischen Gebühren, nachdem die Sitzung schon zweimal vom Oberbürgermeister wegen Störungen durch Zurufe unterbrochen worden war, eine schwere Schlägerei zwischen Mitgliedern der nationalsozialistischen und der sozialdemokratischen Fraktion. Erst das vom Oberbürgermeister herbeigerufene Ueberfallkommando machte der Schlägerei ein Ende.

## Die Konferenzen

in Lausanne und Genf, die Bewegtheit des politischen Lebens, die Fülle von Verordnungen wirtschaftlicher Art — alles findet im „Calwer Tagblatt“ den Niederschlag. Schnellste Berichterstattung, ausgiebige Aufklärung besorgt das „Calwer Tagblatt“. Wer stets unterrichtet sein will, kann darum auf das „Calwer Tagblatt“ nicht verzichten.

# Aus Stadt und Land

Calw, den 21. Januar 1932.

## Ehrenmitglieder im Calwer Viederfranz

Der Calwer Viederfranz hielt gestern abend im Vereinslokal seine 95. Hauptversammlung ab. Vorstand Kofler machte hierbei u. a. die freundliche Mitteilung, daß es dem Verein neuer vergönnt sei, zwei Mitglieder zu ehren, die auf eine 50jährige Vereinszugehörigkeit zurückblicken können. Es sind dies die Herren Kommerzienrat Georg Wagner und Kaufmann Christian Gengenbach; von den Jubilaren konnte letzterer erfreulicherweise bei der Generalversammlung zugegen sein. Seit der im Jahr 1882 vorgenommenen Um- und Neugründung ist Herr Wagner passives Mitglied und hat ein halbes Jahrhundert hindurch dem Viederfranz seine Unterstützung angedeihen lassen. Herr Gengenbach trat vor 50 Jahren als aktiver Sänger in den Viederfranz ein und ist in Calw heute noch das einzige Mitglied, das 1882 die Zusammenlegung des Singvereins von 1860 mit dem Calwer Viederfranz als Sänger miterlebte. 20 Jahre lang sang Herr Gengenbach im 1. Tenor und gehörte als Mitbegründer des Viederfranzes längere Zeit dem Ausschuss an, ferner verfaß er viele Jahre lang das Amt des Kassiers und hat in dieser Zeit dem Verein große Dienste geleistet. Herr Kofler dankte Herrn Gengenbach für die treue Unterstützung während dieser 50 Jahre und ernannte ihn und Herrn Kommerzienrat Wagner namens des Calwer Viederfranzes zu Ehrenmitgliedern. Hierauf dankte Ehrenmitglied Gengenbach für die freundlichen Worte des Vorstandes und die ihm zuteil gewordene Ehrung. Er versicherte dem Viederfranz, daß er, solange er noch leben werde, demselben seine alte Anhänglichkeit bewahren werde.

## Georgenäumsvortrag

Im Rahmen der Calwerorgenäumsvorträge hielt vergangenen Dienstag Oberregierungsrat Dr. Lohe-Stuttgart einen sehr interessanten Vortrag über die heutige Lage des Bevölkerungsproblems, dessen grundlegende Bedeutung für Völker und Nationen der Vortragende eindrucksvoll aufzuzeigen verstand. Gestützt auf ein umfangreiches statistisches Material behandelte er in seinem Vortrage die quantitative und qualitative Seite des Problems unter Berücksichtigung der deutschen und europäischen Verhältnisse, um dann die Ursachen des Bevölkerungsrückgangs im westeuropäischen Kulturkreis und dessen Zukunftsschicksal zu untersuchen. Die statistische Lebensbilanz des deutschen Volkes lehrt, daß in den letzten 60 Jahren die Geburten prozentual um weit über die Hälfte zurückgegangen sind, und ebenso die Sterbeziffer infolge der hygienischen Fortschritte sehr stark gesunken ist (das Durchschnittsalter stieg um 20 Jahre). Zur Erhaltung eines stationären Bevölkerungsaufbaus fehlten 1927 bereits 7 Prozent Geburten; diese Ziffer dürfte sich für 1931 auf 21 bis 22 Prozent erhöhen. Während jetzt noch die mittleren Altersstufen sehr stark vertreten sind, wird sich infolge des wachsenden Geburtenrückgangs in absehbarer Zeit hier zwangsläufig eine starke Verminderung, und damit ein Schmälerwerden der Bevölkerungsaufbaufläche ergeben. Zur Erhaltung des deutschen Volkes wäre eine Zahl von 3,2 Kindern in jeder Familie notwendig. 1929 zählte man jedoch nur 1,94 Kinder pro Familie, und diese Zahl ist bereits weiter zurückgegangen. Seit der Zuwanderung angewiesener Großstädte zu beobachten. In Berlin, der unfruchtbarsten Großstadt der Welt, kommen 8 Särge auf 1 Wiege und auch in Stuttgart wird noch nicht einmal die Hälfte des zur Erhaltung der Bevölkerung notwendigen Nachwuchses geboren. Nun aber hat auch in den Kleinstädten und auf dem Lande der Geburtenrückgang eingelebt. Die Gründe für diese künstliche Geburtenbeschränkung sind vorwiegend weltanschaulicher und soziologischer Art; nicht nur die oberen, auch die untersten Schichten des Volkes sind hieran beteiligt. Die Geburtenbeschränkung begann in Frankreich und griff von hier aus auf alle Völker der nordischen Rasse über. Am stärksten wirkt sie sich in Schweden aus. Deutschland hat schon seit 8 Jahren das Maß der französischen und englischen Fruchtbarkeit unterschritten. Ebenso weisen Desterreich, die Schweiz, Norwegen, Dänemark und die Ostseerandstaaten sowie Nordamerika fallende Geburtenziffern auf, während der slavische Osten und der romantische Süden überaus reich an Geburtenüberschüssen sind. In Asien, wo man keine Geburtenbeschränkung kennt, hat Japan seine Volkszahl in einem halben Jahrhundert verdoppelt, und auch in China und Indien zeigt sich ein riesiger Bevölkerungszuwachs. Daraus ergibt sich die Lehre: wo sich die Zivilisation ausbreitet, gehen die Geburten zurück. Der westeuropäische Kulturkreis ist aus diesem Grunde in seinem Bestande am gefährdeten. Bedauerlicherweise bringt die Geburtenbeschränkung in Deutschland nicht eine qualitative Verbesserung, sondern eine Verschlechterung der Rasse, da die intellektuell Minderwertigen sich stärker vermehren, wie die Tüchtigen. Die Ursachen für die künstliche Rationalisierung der Fortpflanzung sind verschiedener Art. Das Gottgegebene ist Sache der Vernunft geworden! Dieser weltanschauliche Grund trägt gemeinsam mit einem Ersterben des Mutterinstinkts und einem Mangel an eugenischem Gewissen wohl die Hauptschuld am Rückgang der Geburten. Daneben bilden aber auch gesteigertes Verantwortungsgesühl für die Zukunft der Kinder, Berufsnot, wirtschaftliche Unsicherheit und sozialer Aufstiegszweck wichtige Gründe. Folge des anhaltenden Geburtenrückgangs muß zwangsläufig eine Vergreisung und ein Rückgang des Volkes sein. Statistiker haben bis zum Jahre 2000 einen Rückgang des deutschen Volkes um 20 Millionen vorerrechnet, während Polen um diese Zeit schon eine höhere Bevölkerungsziffer haben wird. Deutschland wird also einmal auf fremdstämmige Zuwanderung angewiesen sein, wenn es seine Volkswirtschaft nicht schweren Erschütterungen aussetzen will. Damit aber droht die Gefahr einer Ueberfremdung oder Umvolkung. In einem an Zahl abnehmenden Volk wird sich im übrigen die Arbeitsnot noch katastrophaler auswirken, denn mit sinkendem Bedarf schwindet auch die Produktionskraft der Wirtschaft. Das Leben wird in einem sol-

chen Staat von den Arien beherrscht sein, und die Jugend wird untüchtig heranwachsen. Es ist Völkerschicksal, daß die höchsten Kulturträger zuerst vom Erdball abtreten müssen. Aber braucht das Abendland dieses Untergangsschicksal in müdem Verzicht hinzunehmen? Es kann und muß sich zur Wehr setzen. Es war Rassenmord, fremden Völkern die moderne Hygiene zu bringen und so ihre gefahrrohrend anschwellende Menschenzahl noch zu vermehren. Die Menschen des Abendlandes müssen jetzt um kommender Generationen und um der Nation willen das Schicksal meistern, sie müssen von der das Leben in seinem Mutterstoh bedrohenden Einzelvernunft zur Gattungvernunft zurückfinden, zur gesunden kinderfrohen Familie, die dem Leben erst den rechten Sinn gibt. Dem Staat aber erwächst die Aufgabe, die Familie und alle ihr zuträgliches Kräfte sittlicher und religiöser Art durch gesetzgeberische Maßnahmen zu schützen und pflegen. — Dem Vortragenden wurde von seiten der zahlreichen Hörer dankbarer Beifall zuteil.

## Better für Freitag und Samstag

Da der Hochdruck über dem Festland fortbesteht, ist für Freitag und Samstag immer noch vielfach heiteres, trockenes und ziemlich frostiges Wetter zu erwarten.

\*

**Gaugenwald, 20. Jan.** Am Sonntag durfte unser früherer Gemeindepfleger Jakob Schöttle, Veteran von 1870, seinen 87. Geburtstag feiern. Der Jubilar ist körperlich und geistig immer noch rüstig. Ein weiterer Hochbetagter ist der zwei Jahre ältere Bernhard Holzäpfel.

**SB. Neuenbürg, 20. Jan.** Gestern abend verunglückte auf der Straße von Neuenbürg nach Gräfenhausen der etwa 30 Jahre alte Fritz Keller von Gräfenhausen. Er hatte mit zwei anderen Leuten auf dem Bahnhof in Neuenbürg Zuckerrüben geholt. Auf dem Heimweg kam der schwerbeladene Wagen auf der abschüssigen Straße ins Rutschen. Keller, der zu Hilfe eilen wollte, ging ein Rad über das

## Wenn Sie vergleichen

so denken Sie daran, daß die Anzeige anderen Werbemitteln gegenüber d. Vorzug größter Aktualität hat. Die schwierige Zeit macht die Zeitung unentbehrlich. Die gesteigerte Aufmerksamkeit, mit der unsere Leser die Tagesereignisse verfolgen, wirkt sich auch günstig aus für Ihre Anzeigen.

Bein, so daß er ins Bezirkskrankenhaus Neuenbürg gebracht werden mußte.

**Poltringen, DM. Herrenberg, 20. Jan.** Im Anwesen des Schuhmachers Josef Noz brach Feuer aus. Durch das schnelle Eingreifen der Feuerwehr konnte es auf seinen Herd beschränkt werden. Die Scheuer brannte ab, das Wohnhaus konnte gerettet werden. Es wird Brandstiftung vermutet.

**SB. Vaihingen a. F., 20. Jan.** Aus bisher noch nicht geklärter Ursache entstand im Badezimmer einer Wohnung in der Schickmauerstraße eine schwere Gasexplosion, welche das Badezimmer und teilweise auch die anstossenden Wohnräume zerstörte. Auch das darüberliegende Stockwerk und der Dachstuhl wurden beschädigt. Der Inhaber der Wohnung, ein 40 Jahre alter Chauffeur, erlitt starke Brandwunden und eine Leuchtgasvergiftung.

**SB. Stuttgart, 20. Jan.** Eine Ausschüßigung der Ortsgruppe Stuttgart innerhalb der Deutschen Volkspartei, die unter dem Vorsitz von Stadtrat Krämer im Hotel Dierlammtage, beschloß einstimmig, der am 31. Januar stattfindenden Landesversammlung vorzuschlagen, daß die Landtagswahl selbständig und nur mit eigenen Kandidaten durchgeführt wird.

**SB. Stuttgart, 20. Jan.** Der komm. Reichstagsabgeordnete Joseph Schlaffer hat auf Veranlassung seiner Parteileitung sein Gemeinderatsmandat niedergelegt. Wie man hört, ist Reichstagsabgeordneter Schlaffer in das kommunistische Zentralkomitee nach Berlin berufen worden. Der Landtagsabgeordnete Schneid soll als Bezirksleiter nach Weislingen kommen.

## Geld-, Volks- und Landwirtschaft

OC. Berliner Produktenbörse vom 20. Januar

Weizen märk. 227-229; Roggen märk. 197-199; Braugerste 158-163; Futter- und Industrieerste 153-158; Hafer märk. 136-144; Weizenmehl 27,50-31,25; Roggenmehl 27 bis 29,25; Weizenkleie 9,00-10; Roggenkleie 9,00-10; Vitoriaerbsen 21-27,50; kleine Speiserbsen 21-23,50; Futtererbsen 15-17; Pelusiden 16-18; Ackerbohnen 14-16; Widen 16-19; Lupinen blaue 10-12; dto. gelbe 14-15,50; Sera-della neue 22,50-28; Leinkuchen 11,70-11,80; Erdnußkuchen 12,40-12,50; Erdnußkuchennmehl 12,20; Trockenschrot 6,50

## Waffenjuche in Darmstadt

**DM. Darmstadt, 21. Jan.** Bei Mitgliedern des Stahlhelms wurden am Dienstag abend Hausdurchsuchungen abgehalten. Nach dem Polizeibericht wurden bei dieser Gelegenheit bei einem Schlosser eine Anzahl von Waffen und Ausrüstungsstücke beschlagnahmt, u. a. 2 Militärkarabiner, 2 französische Militärgewehre, 2 Pistolen, 7 Trommelrevolver, 12 Seitengewehre, 4 Säbel und 186 Patronen. Bei zwei anderen Stahlhelmmittgliedern wurden u. a. 180 Infanteriepatronen beschlagnahmt.

## Hochwasser- und Brandkatastrophe in Norwegen

Hochwasser verursacht Natriumexplosion und Feuersbrunst

**DM. Oslo, 21. Jan.** Bei Badheim in der Nähe von Bergen drang Hochwasser in die Elektrochemische Fabrik Badheim ein. Als die in den Kellerräumen lagernden großen Mengen von Natriummetall mit dem Wasser in Berührung kamen, explodierten sie. Mehrere Gebäude gingen in Flammen auf. Der Brand konnte noch nicht gelöscht werden. Wie noch bekannt wird, sind in der Elektrochemischen Fabrik Badheim im ganzen 62.000 Kilogramm Natriummetall explodiert. Der Fluß führte das brennende Natrium mit sich und spülte es durch den ganzen Ort, wodurch andere Häuser ebenfalls in Brand gerieten und die Gasentwicklung so stark wurde, daß die gesamte Bevölkerung in die Berge flüchten mußte, um nicht zu ersticken. Eine Holzwarenfabrik ist ebenfalls in Brand geraten. Der Schaden ist nicht abzuschätzen.

bis 6,60; Kartoffelsäcken 12,20-12,30. Allgemeine Tendenz: stetig.

## Stuttgarter Häute- und Fellektion

An der Häute- und Fellektion wurden für das württ. Auktionsgefälle folgende Preise erzielt: Kuhhäute: 30-49 Pf. 28-30 Pf., 50-59 Pf. 34,75-36,50 Pf., 60-79 Pf. 36-39 Pfennig, 80-100 und mehr Pfund 39,50 Pf.; Ochsenhäute 30 bis 49 Pf. 30 Pf., 50-59 Pf. 39 Pf., 60-79 Pf. 42-43 Pf., 80-99 Pf. 40-42 Pf.; Rinderhäute bis 29 Pf. 39,75 Pf., 30-49 Pf. 39-40 Pf., 50-59 Pf. 45,50-47,50 Pf., 60-79 Pfund 46 Pf.; Bullenhäute bis 29 Pf. 27 Pf., 30-49 Pf. 28-29 Pf., 50-59 Pf. 27-28 Pf., 60-79 Pf. 28-30 Pf., 80-99 Pf. 25,50-26,50 Pf., 100 und mehr Pfund 25,75-27 Pfennig; Schafhäute 22-25 Pf.; Kalbsfelle bis 9 Pf. 58,25 bis 62,25 Pf., 9,1-15 Pf. 49-52 Pf., 15,1-20,1 und mehr Pfund 40,50 Pf. Schafkalbsfelle 29 Pf., Fresserfelle 27 Pf., Schaffelle vollwollig 21 Pf. Tendenz: Kalbsfelle wurden bei einem Abschlag von circa 2 Pf. verkauft; Großviechhäute konnten verkauft werden, aber bei unheimlichster Preisentwicklung. Ochsen und Kühe gaben circa 10-20 Prozent nach, Rinder und Bullen dagegen nur 1-2 Pf. schwächer.

## Biehpreise

Ehingen: Kühe 240-300; Kalbeln 300-480; Jungvieh 90 bis 200 RM. — Waldsee: Ochsen 230-400; Kühe 150-220; Kalbeln 208-360; Jungvieh 80-170 RM. — Rottweil: junge Ochsen 200-360; trächtige Kühe 320-430; Wurstkühe 120 bis 200; trächtige Kalbinnen 280-500; Rinder 160-340; Jung-rinder 90-180; Zuchtarren 300-420; Schlachtarren 180 bis 250; junge Arbeitspferde 600-950 RM.

## Schweinepreise

Bühlertann: Milchschweine 10-16 RM. — Buchau a. F.: Milchschweine 12-17 RM. — Ehingen a. D.: Ferkel 12-24; Mutterschweine 115-140 RM. — Waldsee: Milchschweine 12-17 RM. — Oberstfeld: Milchschweine 8-13 RM. — Rottweil: Milchschweine 11-17 RM.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Klein- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Preissteigerungen in Aussicht kommen. Die Schriftleitung.

## Eingefandt

Für die unter dieser Rubrik gedruckten Berichterstattungen übernimmt die Schriftleitung nur die pregefestigte Verantwortlichkeit.

## Wie verhüten wir die einheimische Not?

Täglich kann man ein Raunen vernehmen, daß dieses oder jenes Unternehmen gezwungen ist, seinen Betrieb einzufrieren, Leute zu entlassen, oder zahlungsunfähig geworden, sogar zur Stilllegung gezwungen ist. Bedauerlicherweise ist dann in der heutigen Zeit mit einer Wiedererbetriebsmaßnahme so gut wie nicht mehr zu rechnen. Mit jedem Zusammenbruch aber wächst die allgemeine Not. An Beispielen auch in Calw fehlt es leider nicht. Die Kaufkraft der einheimischen Kreise sinkt in diesem Zusammenhang zwangsläufig und der Fortbestand der heimischen Gewerbebetriebe wird immer mehr gefährdet. Hier erscheint wirklich die Frage angebracht: Sollte man nicht, um das weitere Abnehmen der Kaufkraft zu verhindern, die Fertigerzeugnisse der hiesigen Fabrik- und Gewerbebetriebe bei Einkäufen zuerst verlangen und auf ihre Preiswürdigkeit prüfen? Wir sind hier in der glücklichen Lage, Groß- und Kleinbetriebe aller Art zu haben, die Gegenstände des täglichen Bedarfs, wie z. B. Decken, Strichwaren, Radeln, Rämme, Zigaretten, Seife, Kartontagen, Kisten und vieles mehr herstellen. Man könnte leicht die Verantwortung dieser Unternehmen, täglich Aufträge für ihre Arbeiter und Angestellten zu beschaffen, dadurch unterstützen, daß man vorweg die hier hergestellten einheimischen Artikel kauft. Die kommende Zeit wird noch mehr zeigen, daß wir alle in einer Schicksalsgemeinschaft leben. Man spricht von der üblen Zeit, man bedauert die Existenzlosen, man schimpft, macht sich aber sehr selten darüber Gedanken, und jeder einzelne mitbessern könnte, wenigstens in seiner Heimat die traurigen Zustände aufzuhalten oder gar zu verbessern.

*Benützen Sie  
die  
Letzten Tage  
des Inventur-  
Ausverkaufs*

**Krüger & Wolff**  
Pforzheim

Klaus-Heinz  
Die glückliche Geburt eines Sohnes  
zeigen an  
Hans Eßlinger und Else, geb. Oehler  
Bezirkskrankenhaus Calw

Ziehung 30. Januar 1932  
5778 Geldgewinne mit Prämie,  
Höchst- u. Hauptgewinne Mark  
**20000**  
**10000**  
**7000**  
Deutschum-Geldlose 1 Mark  
13 Lose 12 M. / Porto und Liste 30 Pfg.  
Glückstaschen mit 5 Lose franko  
mit Liste nur 3 Mark  
Stuttgart  
J. Schweickert, Marktstr. 6  
Postschkto. Stuttgart 2055, Fernspr. 266 43  
sowie alle Verkaufsstellen

Hier bei Witz W., Friseur

**Amtl. Bekanntmachungen**

Stadtgemeinde Nagold

Zu dem am nächsten Montag, den 25. Januar 1932  
hier stattfindenden

**Vieh-, Schweine- und Frucht-  
Markt**

ergeht Einladung.  
Der Fruchtmarkt am Samstag, den 23. Jan. 1932  
fällt aus. Bürgermeisteramt.

Emberg  
Ein schönes, zum dritten  
Mal 8 Wochen trächtiges  
**Mutter-  
Schwein**  
fehlt, weil überzählig, dem  
Verkauf aus  
Ulrich Erhardt

**Puppen**  
jeder Art repariert  
in eigener Werkstätte  
**Puppenperücken**  
von Mark 1.60 an  
Friseur Odermatt

Das  
**Calwer  
Tagblatt**  
darf als Heimatblatt  
in keiner Familie  
fehlen.



**Nur noch  
3 Tage**

2 Pfd. Schmalz 1.—  
Margarine frisch 3 Pfd. 1.—  
Kokosfett 3 Ttl. 95 Pfg.  
Eier 10 Stück 90 Pfg.  
Kaffee 1/2 Pfd. 90 Pfg.  
Hamburger Kaffee-Lager  
Fritz Mönch  
Niederlage  
**Thams & Carls**

**Jahresabschluss  
Inventar  
Bilanz  
Betriebsübersicht**  
durch A. Abenheimer  
Lehrer an der Neuen Höheren  
Handelschule - Calw  
Schillerstraße 1.

Schönes gutes  
**Klee- u. Wiesen-  
Heu sow. Dehmd**  
hat zu verkaufen  
Rath. Rüdte Witwe  
Simmozheim

**Keilich**  
Heute  
Frische Schellfische  
Goldbarsch,  
Fischilet  
(küchenfertig)  
Fettbücklinge  
alles zum billigsten  
Tagespreis.  
Alter Engel-  
heimer rot  
Liter 70 Pfg.  
wieder eingetroffen.

**Drucksachen**  
aller Art liefert rasch  
sauber und preiswert  
die Druckerei ds. Bl.

**Schluss**  
Und Höhepunkt

unseres  
**Inventur-Ausverkaufs**

Alle Theken und Ecken unserer Stofflager sind mit tau-  
senden von Resten vollgestopft, die wir jetzt im Ausver-  
kauf unter allen Umständen los werden müssen. Wir  
haben alle Lichtstoffische vollgerack, und für diese teils  
sehr hochwertigen

**Reste**

so unglaublich billige Pfennig-Preise festgesetzt, daß wir  
einen wahren Ansturm aller sparsamen Hausfrauen er-  
warten. Kommen Sie zeitig u. sichern Sie sich das Beste.

**Handtuchreste**  
alle Qualitäten durcheinander,  
Drell u. Gerstenkorn, B'woll u.  
Halbleinen, Stubens, Gläser u.  
Küchentücher, je nach Größe  
..... Stück nur **23, 18, 5**

**Haustuch u.  
Halbleinen** Reste,  
vollgebleicht, schwere und  
schwerste Qual., 140-160 cm  
br., alle Qual. durcheinand.  
..... Meter nur **78**

**Gardinenreste**  
aus englischem Tüll,  
Volle, Kunstseide usw.  
..... **95, 50, 10**

**Kleider-Tweed**  
Reste, indanthren bedruckt,  
kräftige Körperware, darun-  
ter auch KörperDouplies  
..... Meter nur **48**

Ein **Posten Damen-Taschentücher** **18**  
weiß mit Hohlraum, gar. rein Mako, mit feiner Atlas-kante, ein Rest-  
posten ohne Fehler, 30x30 cm groß .....

**Sport-Flanell**  
Reste, indanthr. bedr., kl.,  
bedeckte Tweedmuster, für  
die beliebt. Sportwend. mit  
gleich. Kr. u. Kraw. Mtr. nur **48**

**Schürzen-Siamosen**  
Reste, 116 cm breit, nur gute,  
kräftige westfälische Haus-  
macher-Qualitäten, durch-  
einander .....

**Gminder 1/2 Leinen**  
Reste, darunter auch Perca-  
line und Popeline, in vielen  
Indanthrenfarben, durch-  
einander .....

1 Posten  
**Karnevalstoffe**  
verschieden gemustert, je  
nach Qualität  
Meter nur .....

Noch ein großer Posten  
**Biber-Betttücher** mit und ohne Rand  
zum Teil mit kleinem Fleck, **38**  
ca. 160x220 cm **1.68** ca. 140x190 cm **1.38** ca. 130x180 cm

1 Posten  
**Frottierstoffe**  
140-160 cm breit, nur gute  
Qualitäten, mod. indanthren  
gemust., od. einf., auch weiß,  
durcheinander, Meter nur **375**

**Kleider-  
und Seidenstoff-  
Reste**

Im ganzen Hause an allen Lagern  
**Restposten**  
zu spottbilligen Räumungspreisen!

**KNOPT  
PFORZHEIM**

Schriftliche und telefonisch bestellte Waren  
werden prompt erledigt. Gekaufte Waren  
werden kostenlos mit unserem Auto zugestellt.